

Die italienische und die englische Regierung sind beunruhigt durch die unbegrenzte Verlängerung des gegenwärtigen Konfliktzustandes zwischen den Nationen. Den betreffenden Völkern können diese Zustände nichts anderes als immerwährendes Elend bringen. Für die Völker der Welt im allgemeinen bringen sie beständige Unruhe. Bedor diese Konflikte nicht aufzuheben, ist keine Entwicklung für Landwirtschaft und Industrie möglich. Der Austausch der Erzeugnisse der Länder kann sich nicht frei entwickeln infolge der hohen Preise. Angehörig der Gefahren, die eine Einschränkung dieses Austausches mit sich bringt, wird die Zivilisation, die durch fünf Kriegsjahre geschwächt ist, weiterhin erschüttert.

Die britische und die italienische Regierung sind daher einig, daß alle Anstrengungen gemacht werden sollten, um die gegenwärtigen Gegensätze zwischen den Völkern zu beseitigen.

Wie von anderer Seite gemeldet wird, soll diese Verlautbarung dadurch hervorgerufen worden sein, daß die endgültigen Friedensbedingungen der Sowjetregierung angeblich von den früher verlautbarten abwichen. Entgegen ihren ursprünglichen Versicherungen wolle die russische Regierung den Polen eine besondere Heeresorganisation aufzwingen, die nur eine Vorbereitung für die gewalttätige Sowjetisierung Polens sei. Unabwisch stünde auch ein neuer Schritt der Allierten bei der russischen Regierung bevor.

Es ist klar, daß man dieser neuesten Wendung der englischen Politik mit allergrößter Mißtrauen entgegenzutreten muß. Der Führer der russischen Friedensdelegation hat in seiner Eröffnungsrede ausdrücklich erklärt, daß die von ihm formulierten Friedensbedingungen nur die Grundlage für die Verhandlung bilden sollten, daß die russische Regierung aber keineswegs einen Diktatfrieden beabsichtigt. Der Fortgang der Verhandlungen, darin stimmen alle Nachrichten überein, ist aber bisher an dem polnischen Widerstand gescheitert. Wenn jetzt England und Italien einen Schritt unternehmen, der die Polen in ihrer Unnahgiebigkeit unterstützt, so liegt der Verdacht außerordentlich nahe, daß nicht die Sorge um die nationale Unabhängigkeit Polens, sondern die Feindschaft gegen Sowjet-Rußland diesen Schritt diktiert. Es ist die Aenderung der militärischen Lage viel mehr als die angebliche Aenderung der Friedensbedingungen, die die Schwelung in der Haltung von England und Italien erklärt.

So ist die Gefahr für Sowjet-Rußland noch gewachsen. Aufs neue zeigt es sich, daß Sowjet-Rußland nur eine zuverlässige Stütze hat, das Weltproletariat. Zur rechten Zeit ist der Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dieses wirkliche und ehrliche Friedensmanifest, erschienen. Aufgabe des Weltproletariats muß es sein, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die Durchführung der Maßnahmen zu sorgen, die den Transport von Truppen und Munition verhindern und der Erzeugung von Kriegsmaterial ein Ende machen. Insbesondere wird das englische französische und italienische Proletariat die Aufgabe haben, den Druck auf ihre Regierungen zu steigern und sie an ihrer feindseligen Handlung gegen Sowjet-Rußland zu hindern. Die Macht der Arbeiterklasse allein ist imstande, der Welt den Frieden wiederzugeben. Sie muß die Parole verkünden: Gegen Sowjet-Rußland nicht einen Mann, nicht eine Kanone!

Verhandlungen über die Waffen-transporte beim Reichskanzler

Gestern Abend fand in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers Fehrenbach eine Besprechung statt, an der für die Reichsregierung außer dem Reichskanzler die Minister Seiler und Gröner und der Reichskommissar Peters, ferner der preussische Minister des Innern Severing, und für die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterverbände Graumann (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund), Rosenfeld (USD.), Krüger (SD.), Brunner (Eisenbahnerverband), Fromm (Transportarbeiterverband) und Triebuhr (Eisenbahnerbetriebsrat) teilnahmen.

Der Schrei aus der Tiefe

Ueber die erste Aufführung von Hoffmannsthal's „Jedermann“ auf dem Domplatz in Salzburg telegraphiert der Dichter Andreas Blyto dem „A. T.“: Die großen Gloden des Turms, mit schalldämpfenden Luchern umwickelt, überdachten den Schauspiel mit einer ähnelnden Kuppel, und vor dem hochragenden Saal, zu dessen Füßen die tausendköpfige Menge wie erdrückt in Reue lauerte, klang das alle Spiel vom bitteren Sterben in ehrlich tiefer Bellommenheit aus. Mollisi, prächtig wie immer, hatte unvergeßlich herrliche Momente. Sein Bewusstseinsdrama „Hier wird kein zweites Mal gelebt!“ gellte schmetternd-still aus der tiefsten Not der Kreatur über alle Kirchhürnen hoch. Nach dem Lobe auch der übrigen Mitwirkenden schließt der Dichter des erschütternden Buches „Menschen im Kriege“:

„Im ganzen ist Reinhardt's Kühner Versuch, das alle nato geradlinig Jahrmarktspiel zurückzuführen dorthin, woher es kam, über Erwartungen gut gelungen. Nur als Orgelton und Glodenschlag verhallt waren, Automobilsuppen ausbesten und der Sturm auf die wenigen fashonablen Gaststole der rasend überfüllten Stadt einsetzte, wurde alle Sammlung im Ru hinweggepült von dem gepuht überlauten, von Lebensglück trankehen Gedränge dieser Zeit, die mehr als jede andere den Boemurß verdient, den Gott der Herr zu Beginn des Spieles erhebt: ihr Trachten gehe auf irdisch Gut allein.“

Als ich diese Zeilen zum Telegraphenamt trug, mußte ich vorbei an dem hellen Saal, in dessen Ecke der Präsident der deutschösterreichischen Republik, eigens zu der Festaufführung hierhergeleitet, umkränzt von Reinhardt und seinen Künstlern frohlich tafelte, als hätten die Darsteller den Kreislauf des alten Spieles von vorne begonnen. Und im Dunkel der schlafgeduckten Häuser verlor der ganze mächtige Aufwand, das Drehen der hausohen Degelpfeifen, das Gesänge der zentnerschweren Kirchenglocken; und übrig blieb nur der Schrei der gottbegnadeten Menschenteile, die für alle Todlinden der letzten Jahre im Namen von Millionen um Sühne schrie: „Hier wird kein zweites Mal gelebt.“

Schauspielerelend

In der lehterschienenen Nummer des bühnengenossenschaftlichen „Neuen Weg“ lesen wir:

Es ist eine oft zu bekannte und traurige Tatsache, daß der Schauspieler in dieser furchtbaren Zeit ein Leben führt, das man als „Vogelieren“ bezeichnen muß. Unsere Genossenschaft, die bis jetzt Außergewöhnliches geleistet hat, wird wohl schwer in der Lage sein, das Elend zu lindern. — Warum schreiben Direktoren und Agenten stets auf: „Neuerste Gageforderung!“?

Minister Gröner betonte, daß nicht genug getan werden könne, um die Neutralität zu wahren. Dabei müsse aber bei der Behandlung der im Friedensvertrag der Entente zugestanden Transportzölle besonders vorsichtig verfahren werden, damit nicht internationale Verwicklungen entstanden.

Reichskanzler Fehrenbach gab die Erklärung ab, daß es die einmütige Ansicht der gesamten Reichsregierung sei, den Neutralitätsbeschluss auf das strikteste zu beobachten und von ihm nicht abzuweichen, wie auch das Kriegsglück sich gestalten möge.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen legten dar, daß die Arbeiterschaft selbst die Kontrolle der Transporte in die Hand genommen habe und sich unter keinen Umständen mit einer Kontrolle durch die Behörden begnügen könne. Niemand wolle, daß die Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht beachtet würden. Die durch den Friedensvertrag vorgesehenen Entente-Transporte sollen durchgelassen werden. Andererseits darf aber kein Waffen- oder Munitionstransport Polen zugesandt werden. Nur die Vertrauensleute der Arbeiterschaft seien in der Lage, eine strenge Kontrolle auszuüben.

Reichskommissar Peters machte den Vorschlag, alle Waffen- und Munitionstransporte mit Ausnahme der durch den Friedensvertrag vorgesehenen Entente-Transporte zu verbieten, und auch diese nur nach Prüfung durch den Entwaffnungskommissar zuzulassen. Demgegenüber forderten die Arbeitervertreter die entscheidende Mitwirkung der Vertrauensleute der Arbeiterschaft bei jeder Gewährung einer Ausnahme vom Waffentransportverbot.

Schließlich schlugen die Regierungsvertreter folgendes vor: Transporte, die der Neutralität Deutschlands oder den Gesetzen widersprechen, sind anzuhalten. Durchzulassen sind Transporte, zu deren Durchlassung Deutschland auf Grund des Friedensvertrages verpflichtet ist. Bei den für die Reichswehr und die Sipo bestimmten Transporten hängt ihre Durchlassung von der Entscheidung einer Kommission ab, die aus den Vertretern der Arbeiterschaft besteht. Besondere Reichspoststellen sollen zur strikten Durchführung dieser Abmachungen eingesetzt werden.

Die Regierung würde sehr Entwürfe für solche Maßnahmen ausarbeiten und den Vertretern der Arbeiterverbände vorlegen.

Ferner wurde in der Besprechung noch der am Steinfurter Bahnhof festgehaltene Transport besprochen. Minister Severing will die Notwendigkeit der Beförderung der leichten Munition nach Königsberg noch nachweisen. Die heute im Reichstag zusammen tretende Konferenz der Vertreter der Arbeiterorganisationen soll über die Weiterführung des Transportes entscheiden.

Bezüglich des in Püßel von der Arbeiterschaft festgehaltenen Transportdampfers wird der Reichswehrminister erst noch Ermittelungen anstellen.

In dem offiziellen Bericht, der über diese Verhandlungen herausgegeben wurde, heißt es:

Es besteht Einmütigkeit darüber, daß sowohl neutralitätswidrige als auch zu ungleichen Zwecken bestimmte Transporte unter allen Umständen verhindert werden sollen; denn die Regierung steht unabhängig von dem Gang der kriegerischen Ereignisse fest auf dem Boden strengster Neutralität. Zur Durchführung dieser Grundzüge soll die Kontrolle verschärft werden. Andererseits ist es notwendig, um internationale Verwicklungen zu vermeiden, mittelbare Einfuhr von Waren zu verhindern.

Die strenge Kontrolle aller Transporte soll erfüllt werden durch ein allgemeines Verbot der Beförderung von Waffen und Munition, das der Reichskommissar für Entwaffnung vorbereiten soll; hiervon sollen lediglich ausgenommen werden: a) Die auf Grund des Friedensvertrages für die interalliierten Truppen scharfmäßig zu befördernden regelmäßigen Erfrischungs- und Nachtransporte, b) die im Auftrage der Verwaltungsstellen des Reichsfinanzministeriums zwecks Beschrottung militärischen Materials auszuführenden Transporte. Diese Transporte sollen besonders gekennzeichnet werden.

Alle übrigen militärischen Transporte, also solche für die Reichswehr und die Sipo, werden von einer besonderen, in jedem Einzelfalle eingeholenden Genehmigung des Reichswehrministeriums bzw. der Zentralpolizeistellen abhängig gemacht werden. Bei der Genehmigung dieser Transporte werden Vertreter der organisierten Arbeiterschaft beteiligt werden, um der Bevölkerung nur einwandfreie Transporte zu gewährleisten.

Bis zur endgültigen Regelung der Frage durch die in Aussicht genommene Verordnung sollen nicht örtlich zu regelnde Zweifelsfälle sofort den zuständigen Zentralbehörden gemeldet werden, die den Arbeiterorganisationen unverzüglich die notwendige Aufklärung geben werden.

Warum? Weil es viele Herrschaften gibt, die sich für „geringe Gage“ anbieten. Ja. Vor nicht langer Zeit konnte man im „Neuen Weg“ wieder mal ein derartiges Angebot von selten eines Mitgliedes lesen. Und die Konsequenz? Der arme Schauspieler wartet und wartet; weil er nicht unter 500 M. Mindestgage absteigen will. Ja, da kann er lange warten. Die Herren Direktoren haben es gar nicht nötig, eine so „hohe“ Gage zu zahlen, wo es jetzt so furchtbar viel Schauspieler gibt, die für noch niedrigeren Hundelohn absteigen. Natürlich, aber wahr. — Und was sind denn überhaupt 500 M. monatlich in dieser Zeit? Das langt gerade, um „von der Hand in den Mund zu leben“. Wovon kauft sich der Schauspieler, die Schauspielerin Garzerobe an? Spielmann usw. kann keinen Anzug mehr wie im Frieden für 30 M. liefern. Dazu kommt, daß einige von unlerer ehemaligen glorreichen Armees mit Theater gelaufene „Sportträger“ (Menschen) zur Bühne gehen, denn: „Was soll man denn machen? Das ist doch noch der einzige Ausweg!“ Und es gibt Direktoren, die so etwas engagieren und Schauspieler, die ihnen Unterhalt geben?! Dann gibt es noch andere, bekannte Tatsachen: bittet ja nicht „karrieremachende“ Kollegen, die einst mit Euch an einem Strange jogten, um Protection oder Beistand. Oh, Ihr Kleingeldigen. So ein „Hinaufgekommener“ wird sich den Diebel drum scharren, was unter ihm liegt, denn: „Der Dieb angreift, beschuldigt sich!“ — Kästet genau darauf. Lieber durch eigene Kraft (d. h. erst, wenn Ihr wieder mal ordentlich gegessen habt. . .) — Das Elend gafft Euch von früh bis spät an, auch wenn Ihr mal so glücklich seid, einen Anzug oder Kleid Euch selbst erarbeitet zu haben. Das heißt: auf Pump. Wer ehrlich ist. Es gibt aber auch welche, die es auf andere Art machen. . . Traurig! Aber sie müssen es doch, Herrschaften. Wollt Ihr einmal ohne Hut oder Robe spielen? Dazu seid Ihr doch viel zu eitel, um Euer Elend zu erkennen. Und nun frage ich Euch: ist das ein Dasein? Heißt das ein Dasein? Es müßte tatsächlich mal in unserem Beruf eine Razzia gemacht werden und jedem, der mit „Intrudern“ Wagen und ausgefranzten Hosen umherläuft und sich vom Schicksal auserkoren fühlt, ein Kulturträger zu sein, sollte klar gemacht werden, daß er unter solchen Verhältnissen nicht dazu beiträgt, die Kultur zu verbreiten, sondern das Elend am Theater zu vermehren. — Deshalb rettet Euer bishen Menschsein für andere Tätigkeiten, die Euch besseren Verdienst sichern. — Es gibt sicher einige, die wenn sie sich nicht ganz von ihrem sog. „Künstlerlohn“ beeinflussen lassen, sich in stillen Augenblicken sagen müssen: „Was hast du profitiert von deiner Arbeit? Nichts, als deine Spielbegehrde befriedigt. Und darauf wollest du dir eine Existenz bauen. . .!“ — denen möchte ich sagen, wenn sie ihr Fünftel Ertenntnis noch nicht ganz beim „Kollenpressen“ und „trodenem Brot“ eingebüßt haben: Von 45 000 Bühnengehörigen genügen die Hälfte um den Bedarf der wenigen, meist vor der Pleite stehenden Theater, zu decken. Die Summe des pekuniären Verlustes unserer Genossenschaft, Mitglieder zu verlieren, die wegen Existenzkampf aufbauen müssen, ist verschwindend klein gegen die Summe, die aufgebracht werden muß, die Not einigermaßen zu lindern.

Von der polnisch-russischen Front

Kopenhagen, 23. August.

Nach einem Telegramm aus Warschau besagt der polnische Heeresbericht:

Die feindlichen Truppen, die zwischen der Weichsel und der deutschen Grenze eingedrungen waren, um die Polen vom Meer abzuschneiden, befinden sich im vollen Rückzuge und werden von den polnischen Abteilungen stark verfolgt, die bereits Mlawka eingenommen haben. Die feindlichen Abteilungen sind vollständig abgeschnitten, da General Sikorski Mlawka und Przasnosz eingenommen hat. Auf dem Kampffeld bei Brodniga fanden die Polen unter Hunderten von Volkshewissenleichen drei deutsche Offiziere. Die Gruppe des Generals Dmski geht in der Richtung auf Koszow nordöstlich von Warschau vor. Der Feind erlitt ungeheure Verluste. Am 20. August wurden eingebracht: 10 000 Gefangene, eine ungezählte Menge Geschütze und anderes Kriegsmaterial.

In der mittleren Front bewegen sich unsere Truppen schnell vorwärts und zwar in nördlicher Richtung, wo wir die Linie Ostrow-Tschischew-Bojanosf erreicht haben. Die Begeisterung unter unseren Truppen wächst von Tag zu Tag und überwindet alle Schwierigkeiten. Der Feind hat unsere Garnison von Brest-Litowsk angegriffen, jedoch ohne Erfolg. Bei Dubienka wurden die Volkshewissen über den Bug geworfen. Nach schwerem Kampfe haben wir Hrubieszow eingenommen.

In der Südfront verfolgt unsere Reiterei Budjenny, der mit seiner Reiterei von Lemberg aus in nördlicher Richtung sich im schnellen Rückzuge befindet. Bei Lemberg haben wir eine Gegenoffensive gegen bolschewistische Reiterei begonnen. Wir nähern uns der Stadt Strz. Unsere Gegenoffensive ist in vollem Gange.

Die Lage in Oberschlesien

Beuthen, 24. August.

Die Telegraphen-Union berichtet: Von einem Abflauen des Aufstandes ist nichts zu merken. Vielmehr deuten alle Meldungen darauf hin, daß das Bandenunwesen unverändert anhält und zunimmt. Neuerdings sind auch die Kreise Lublinitz und Kojensberg gefährdet. Mit der Entmaffung ist begonnen worden, aber die Durchführung gestaltet sich äußerst schwierig. Aus dem Gebiete der Unruhen treffen Scharen von Flüchtlingen ein, die Städte sind überfüllt. Die interalliierte Kommission gibt jetzt an, daß bewaffnete polnische Haufen über die Grenze gekommen sind und die Verhängung des Belagerungszustandes über den Kreis Kojensberg notwendig gemacht haben. Den Polenführern ist dort ein Ultimatum gestellt worden, die Unruhen einzustellen, sonst würde mit den härtesten Maßnahmen eingeschritten werden. Bei den leitenden Stellen der Befehlsbehörden besteht der ernsthafte Wille, diesen Zuständen ein Ende zu machen, jedoch wird erklärt, daß die zur Verfügung stehenden Truppen unzureichend wären. Aus dem Aufstandsgebiet werden dauernd Vorstöße nach allen möglichen Orten unternommen. Bismarckhütte wurde bis jetzt verschiedentlich gestürmt, doch ist es den Polen bis jetzt nicht gelungen, sich in dessen Besitz zu setzen. Auf der Bismarckhütte wurden von der Befehlsbehörde ein Oberingenieur, ein Personalchef, ein Bergverwalter und zwei Mitglieder des Arbeiterrats als Geiseln festgenommen, weil angeblich Waffen auf der Hütte verborgen sein sollten. Auf Verstellung der zuständigen Stellen ist die Entlassung erfolgt. Auch sonst wurden eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen. Die Polen bemächtigten sich in den besetzten Gebieten der Gemeindeverwaltung und der Waffenscheinlisten, auf Grund deren sie dann Hausdurchsuchungen abhalten. Dabei haben sie es auf alle für das Deutschland wirkenden Personen, auf Lehrer, Förster, Polizeibeamte usw. abgesehen, die in den meisten Fällen mißhandelt werden. Die Sicherheitswehr in Katowitz hatte bis jetzt 11 Tote und 11 Schwerverwundete. Von den französischen und italienischen Truppen wird jetzt in den meisten Fällen eingeschritten.

Gegen die bewaffneten polnischen Haufen

Beuthen, 24. August.

Von der interalliierten Kommission wird mitgeteilt: Da fest steht, daß bewaffnete polnische Haufen von jenseits der Grenze in den Kreis Kojensberg eingeschlichen sind, Zusammenstöße mit der Bevölkerung gehabt haben und Zustände entstanden sind, die nicht länger zu ertragen sind, ist über den Kreis Kojensberg der Belagerungszustand verhängt worden. Die Militärbehörden sind mit allen Vollmachten zur Wiederherstellung der Ruhe versehen worden.

Mode und Wirtschaft

An der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Mode ist man oft achillos vorübergegangen.

Arbeitgeberverbände oder deren Sachwalter haben sich anlässlich der vollkommen verfehlten Modewoche bemüht, gesehen, den volkswirtschaftlichen Wert der Mode zu betonen, und damit eine noch lange nicht entschiedene Frage zur Debatte gestellt. Die Wertantlitzen haben im allgemeinen den volkswirtschaftlichen Wert der Mode nicht geleugnet, nationale Wertantlitzen in erster Linie die Schaffung einer heimischen Mode — als Befreiung von der französischen Direktilde — verlangt.

Ein Smith-Jünger, Say, tritt als erster bedeutendere Nationalökonom gegen die Mode auf. Die Mode — so ungefähr führt er aus — sei ein für die Erzeugung der Manufakturen ungeeignetes Mittel, sie verleiht nur Massenfabrikation ohne Rücksicht auf den Absatz.

Spätere Volkswirte vertreten diese Auffassung noch schärfer und tragen kein Bedenken, die Mode als volkswirtschaftlich schädlich hinzustellen, da sie zu keiner Hervorbringung der Gewerbe beitrage, vielmehr zu einem ewigen sinnlosen Wechsel führe.

Es ist verfehlt, die Sucht, sich den Formen der „höheren“ Klassen anpassen zu wollen, als demokratischen Trieb, als ein Bestreben sozialer Anfehnung zu kennzeichnen. In der Mode herrscht die Tendenz vor, sich irgendwie von der „großen Masse“ abheben zu wollen!

Die Mode dient der Befriedigung der Gefallsucht, dem Wunsch des Bedarfs, aber nicht seiner zweckmäßigen Bereinhaltung. Wenn der Gebrauchswert hinter dem Liebhaberwert so sehr in den Hintergrund tritt, wie es bei der Mode meist der Fall ist, muß man von Luxus reden.

Außerdem kann die Mode sehr ungesunde Arbeitsverhältnisse zeitigen und durch launenhafte Wendungen Katastrophen herbeiführen. Die Geschichte lehrt uns, daß derartige Krisen — Entlassung großer Arbeitermassen, Lohnreduzierungen usw. — nichts Seltenes gewesen sind, und oft schwerste Folgen für die Arbeiterschaft zeitigten.

„Die Tänzerin“, Melchior Langwets vielgespielte ungarische Komödie, gibt jetzt Leopoldine Konstantin im Pasingtheater Gelegenheit, die unechten Brillanten dieses Bühnenschmuckstückes sprühen und klimmern zu lassen. Hinter ihre Routine vibriert aber auch starkes Gefühl und mit Hermann Timig und Haase gewinnt die Aufführung gleichfalls neuen Reiz.

Das Schillertheater in Charlottenburg eröffnet seine Winterpielzeit am Donnerstag mit Lesings „Rathan der Weite“.

Kommunismus und Weltrevolution

Thesen des Moskauer Kongresses

Der zweite Kongress der 3. Internationale in Moskau nahm einstimmig Thesen über die Aufgaben des Kommunismus in der Weltrevolution an. Einleitend heißt es darin, daß das Proletariat aller Länder mit bedeutender Arbeiterbewegung vor entscheidenden Kämpfen stehe, in der Epoche der erbitterten Bürgerkriege um die Eroberung der politischen Macht. Es bedürfe dazu einer strengen Organisation, die, wenn sie schon während der Pariser Kommune 1871 vorhanden gewesen wäre, viele Trümmern und Schwächen im damaligen Aufstand vermieden hätte. Dann heißt es, die kommunistische Partei ein Teil der Arbeiterklasse und zwar der fortgeschrittensten, revolutionärsten und habe keinerlei von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse abweichende Interessen.

Die Begriffe „Partei“ und „Klasse“ müßten scharf unterschieden werden. Zweifellos seien die unter dem Einfluß reaktionärer Gewerkschaften und Parteien (liberale und christliche Gewerkschaften Englands, Deutschlands usw., Scheidemann, Gompers und Konjorken) stehenden Proletarier Teile der Arbeiterklasse, wie überhaupt unter gewissen historischen Verhältnissen ihre Durchsetzung mit reaktionären Schichten möglich sei. Der Kommunismus habe die Aufgabe, sie zu sich emporzuziehen, nicht zu ihnen herabzuziehen, wie das im Kriege geschehen sei, an dessen Beginn die Sozialverräter aller Länder sich für ihre Unterstützung der Bourgeoisie stets konsequent auf den entsprechenden Willen der Arbeiterklasse berufen hätten. In allen solchen Fällen sei es Aufgabe der proletarischen Partei, der Stimmung der Mehrheit der Arbeiter entgegenzutreten und nur die historischen Interessen des Proletariats zu vertreten. Wenn die russischen Menschewiki (die sogenannten Sozialisten) zu Beginn des 20. Jahrhunderts den offenen politischen Kampf gegen den Zarismus verwarfen, weil die Arbeiterklasse noch nicht zum Verständnis des politischen Kampfes gelangt sei und die „rechten“ Deutschen Unabhängigen sich für ihre „Halbheiten“ auf den Willen der Massen beriefen: so hätten beide nicht verstanden, daß die Partei den Klassen den Weg zu zeigen und voranzugehen hätte.

Die Thesen weisen dann scharf die Idee zurück, daß der Zusammenbruch der alten „sozialdemokratischen“ Parteien der 2. Internationale den Zusammenbruch des proletarischen Parteiwesens überhaupt bedeuten könnte und sagen, die Epoche direkten Kampfes um die Diktatur des Proletariats habe als neue Partei des Proletariats die kommunistische geboren. Aufso entschiedenste müsse die Partei zurückgewiesen werden, die proletarische Revolution könne sich ohne politische Partei vollziehen. Bismarck könne das Proletariat je ohne die Führung einer organisierten und erprobten Partei mit irgend ausgeprägtem Ziel und Programm nicht durchführen. Der Klassenkampf brauche zugleich die zentrale Zusammenfassung und die gemeinsame Leitung der verschiedenartigen Formen der proletarischen Bewegung: Gewerkschaften, Konsumvereine, Betriebsräte, Bildungsarbeit, Wahlen und dergl. Nur die politische Partei könne ein zusammenfassendes und leitendes Zentrum sein. Deshalb bedeute die Agitation der revolutionären Syndikalisten, Unionisten und R. A. P. D. sachlich eine Unterstützung der Bourgeoisie und gegenrevolutionären „Sozialdemokraten“ und gegenüber den Postulaten des Marxismus einen Schritt rückwärts. Zum Siege über die Bourgeoisie verheße nicht allein der Generalstreik, die Taktik der verstreuten Arme, sondern schließlich nur der bewaffnete Aufstand, zu dessen Führung abermals die politische Partei unumgänglich notwendig sei. Nur sie könne die Rolle der „entschiedenen revolutionären Minderheit“ spielen, von der die Syndikalisten usw. sprechen. Die kommunistische Partei sei dazu berufen und habe sich zur Revolutionierung des Proletariats aller erdenklichen Mittel zu bedienen, auch des Zusammenarbeitens mit Bewegungen und Organisationen nichtkommunistischer Art, ja, selbst solcher, die ausgesprochen reaktionärer Natur seien (gelbe Verbände, christliche Verbände).

Über die Klassenstellung der Arbeiterbewegung in Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften sagen die Thesen, daß sie als Ergebnis der herrschenden russischen Revolution erstet worden sei durch die Teilung in Partei, Sowjet und Produktionsverbände (Gewerkschaften), unter Führung der kommunistischen Partei als „organisierten Vorkorps“ des Proletariats. Die Führerrolle der kommunistischen Partei sei auch durch die Entstehung der Sowjets als „historische Grundform der Diktatur des Proletariats“ keineswegs überholt. Die anfängliche Gegenpartei der Sowjets — in Rußland, Deutschland und anderen Ländern — gegen die Partei und ihre Unterstützung der Politik der Agenten der Bourgeoisie sei vorüber. Die kommunistische Partei dürfe sich niemals irgend welchen Richtungen in den Sowjets — für die jetzt auch Unabhängige und Rechtssozialisten ein „Lippenbekenntnis“ ablegen — anpassen, sondern stets darauf hinwirken, ihre Führung in die Hand zu bekommen, damit die Sowjetidee nicht verdrängt werden könnte.

Zu Professor Nibets hiesigen Geburtstag wird der Friedensbund der Kriegsteilnehmer am Donnerstag 4. 8 Uhr eine Feier veranstalten in der Aula des Augusta-Gymnasiums, Gauertstraße 38, Charlottenburg. Es sprechen: Dr. phil. Berger über das Leben und die philosophisch-literarisch-naturwissenschaftlichen Werke des berühmten französischen Kulturhistorikers (der auch den Nobelpreis erhielt), ferner Max Müller über Nibets als Vorkämpfer des Pazifismus. Außerdem werden Nibets Dichtungen in der Bergerschen Umdichtung vorgetragen.

Eine neue Sturmbühne „Zukunft“, die mit der von Herwarth Wolken gegründeten nichts zu tun hat, stellte sich jüngst im Herbstjahr mit einer Programmklärung, Tanz, Musik und Deklamation, vor. Man drachrichtig ein revolutionäres proletarisches Theater“ für Arbeiter, hat dafür auch Theater zu Mittagsvorstellungen bereits gewonnen, im übrigen aber eher dem guten Willen noch nichts beweisen können. Von Arbeitern war nicht zu hören und zu sehen. An sogenannten „revolutionären“ Jugendexperimenten haben wir nachgerade genug Dilettantisches erlebt.

Der „Sturm“-maler Otto Rebel legt Wert auf die Feststellung, daß er mit dem hier von Dr. Adolf Behne in seinem Darmstädter Kunstbericht kritisierten Maler Rebel nicht identisch und künstlerisch nicht verwandt ist. — Von beidseitiger Seite wird uns zu dem Bericht noch mitgeteilt, daß die Ausstellungsgesellschaft des „Sturm“ mit ihren Künstlern keine bindenden Verträge hinsichtlich der Ausstellungen usw. abzuschließen pflegt.

Die Uraufführung des Films „Summum“ nach der bekannten Pantomime von Graf Lubitsch bearbeitet und mit Paul Wegener und Jena Haffelquist in den Hauptrollen, findet mit der Musik von Viktor Holländer am 1. September im Ufa-Palast am Zoo statt.

Im Zirkus Busch wird der bekannte Zirkus Stosch-Sarrasani ein Gastspiel mit seinem gesamten Tiermaterial und Artistenpersonal absolvieren. In dieser Zeit wird der Zirkus Busch bei Sarrasani in Dresden zu Gast sein und eine „Saison der stürmischen Festspiele“ veranstalten.

Gorkis Erinnerungen an Tolstoi, die soeben in Rußland erschienen sind, veröffentlicht die Neue Welt (Verlag München, Theresienstraße 12) in ihrem Augustheft (4,50 M.). Gorki gibt von Tolstoi bemerkenswerte intime Züge aus dem Verkehr mit ihm wieder, die das Bild des großen russischen Dichtersapostels außerordentlich ergänzen und bereichern.

Das Kampfliederbuch der „Freien sozialistischen Jugend“ ist mit Noten in neuer Auflage erschienen. Es enthält u. a. auch russische revolutionäre Lieder und kostet 2,25 M. für Organisationen Preisermäßigungen vom Verlag Junge Garde, Berlin, Straßener Straße 12.

Auch nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bleibt die kommunistische Partei nur ein Teil der Arbeiterklasse, aber derjenige, der den Sieg organisiert: seit zwei Jahrzehnten wie in Rußland und seit Jahren wie in Deutschland immer gegen die Bourgeoisie und diejenigen „Sozialisten“ kämpft, die die Träger der bürgerlichen Beeinflussung des Proletariats seien. Nur ihre Geschlossenheit könne die Schwierigkeiten überwinden, die sich der Arbeiterklasse am Tage nach dem Siege in den Weg stellen. Erst mit der völligen Vernichtung der Klasse könne sich die kommunistische Partei vollständig in der Arbeiterklasse auflösen, dann, wenn der Kommunismus kein Kampfobjekt mehr sei und die Arbeiterklasse kommunistisch.

Am Schluß der insgesamt 10 Thesen wird gesagt, daß die internationale Organisation des Proletariats nur dann stark sein kann, wenn in allen Ländern, wo Kommunisten kämpfen, sich die in den Thesen ausgesprochenen Grundzüge beschließen. Mit jeder Gewerkschaft, jeder nicht „parteilichen“ Arbeiterorganisation, die ehrlich einen revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie führen, werde die kommunistische Internationale zusammenarbeiten. Dabei aber werde sie die Proletarier der ganzen Welt auf die Notwendigkeit einer zentralisierten kommunistischen Partei als Haupt- und Grundbausteine zur Befreiung der Arbeiterklasse hinweisen und zugleich auf die Notwendigkeit, daß in jedem Lande nur eine einzige einheitliche kommunistische Partei bestehen könne.

Rüstung der Reaktion

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Leipzig, 24. August.

Am Sonnabend, den 14. August, wurden mehrere junge Arbeiter auf dem Bahnhof Saalfeld von dem Unteroffizier Koch, der der Reichswehr angehört, gefragt, ob sie sich nicht nach dem Baltikum anwerben lassen wollten. Sie würden 500 Mark Eintrittsgeld und für jeden Tag bis zum Abtransport 43 Mark erhalten. Wohin der Transport gehen sollte, sagte er nicht. Das Werbebüro, für das der Unteroffizier tätig ist, befindet sich in Saalfeld, im Hotel zum weißen Schwan. Der Leiter ist ein Offizier. Ein Werbeinset der deselben Inhalts erschien Ende Juli im „Saalfelder Volksblatt“ und im „Kreisblatt“.

Die Werbungen werden jedenfalls nicht für das Baltikum bestimmt sein, es wird sich wahrscheinlich um die Aufstellung von reaktionären Organisationen auf ostelbischen Gütern handeln. Ein Fall, daß Angeworbene mit der Angabe, sie seien fürs Ausland bestimmt, in solcher Weise verschleppt worden sind, wurde ja kürzlich gemeldet.

Was aber sagt der Reichswehrminister zu solcher Beädigung eines Reichswehrunteroffiziers und was tut die Polizei gegen das Werbebüro im Hotel zum weißen Schwan in Saalfeld?

Die Arbeitsverhältnisse im Reichstag

Vom Arbeiterrat für Lohnempfänger beim Reichstag wird uns zu diesem Thema noch geschrieben:

Die in der „Freiheit“ Nr. 334 und 338 veröffentlichte Notiz gibt dem Arbeiterrat der Reichstagsverwaltung Veranlassung zur Klärung und Erläuterung.

Bei den Parlamenten, Reichstag und Abgeordnetenhause, verhandelt der Arbeiterrat nicht nur mit dem Direktor, sondern ist abhängig von den weiteren Verhandlungen des Direktors mit dem Präsidenten. Dieser jedoch ist wiederum abhängig von dem Haushaltsvorstand, welcher entsprechend der Stärke der Parteien zusammengesetzt ist. Der Haushaltsvorstand besteht aus 12 Mitgliedern des Reichstags unter Vorsitz des Präsidenten. Die sozialistischen Mitglieder sind in der Minderheit. Der Arbeiterrat überreichte seine Anliegen, welche besonders auf die dauernde Beschäftigung aller Lohnempfänger, einheitliche dreihöchste Bezahlung sowie Verbesserung der bestehenden Gnadenpensionsverhältnisse hinzielten, in ausführlichen Begründungen allen Mitgliedern des Vorstandes.

Leider wird bei den Verhandlungen, gleichviel ob Beamten-, Angestellten- oder Arbeiterfragen behandelt werden, die betreffende Vertreterschaft der Arbeitnehmer nicht hinzugezogen. In einem einzigen Falle war es dem Arbeiterrat gestattet, dieser Kommission ihre Anliegen mündlich eingehend begründen zu dürfen, nicht aber bei den Verhandlungen selbst teilzunehmen. Die Arbeitnehmer sind nunmehr auf den Direktor angewiesen, welcher einschließend eines Rechnungsrats bei den Verhandlungen zugegen ist, von dem die einzelnen Fragen den Vorstandsmitgliedern nach seinem Ermessen schmachhaft gemacht werden.

Die unterschiedliche Behandlung der dreihöchstigen Bezahlung ergibt sich aus dem mit dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter eingegangenen Tarifvertrage, in welchem ausdrücklich bei Zustandekommen desselben die behördlichen Vertreter sich gegen eine dreihöchstige Bezahlung verwahren, und nur denjenigen einen Anspruch darauf zustehen, die eine solche Bezahlung bereits beziehen. Auch den alten Lohnempfängern war die dreihöchstige Bezahlung genommen, wurde aber unter Berufung auf den Tarifvertrag notgedrungen wieder gewährt. Alle nach dem 1. Januar 1919 eingestellten Lohnempfänger sind ausdrücklich nur für vorübergehende Beschäftigung angenommen, obwohl ein dauernd beschäftigtes, eingearbeitetes Personal eine Notwendigkeit im Dienste des Parlamentes ist. Die für uns bedeutsamen Fragen konnten im Voraus eine erfreuliche Lösung nicht erwarten, fehlten doch in dieser Sitzung u. a. auch die Mitglieder linksstehender Parteien.

Ein alldeutscher Arzt

Vor Tagen ging durch die Presse eine Notiz, daß der Münchener Universitätsprofessor Medizinalrat Max von Gruber habe gelegentlich des internationalen Hilfswerkes für Deutschlands tuberkulose Kinder geäußert: „Ich halte es für unabweisbar, daß in der einen oder anderen Weise 10 bis 15 Millionen Menschen aussterben“. Heute kommt uns ein Aufruf zu Gesicht, der unter der Parole: „Tuberkulose, fordert ein deutsches Dapas!“ dafür Stimmung zu machen versucht, in den dazwischen liegenden Alpen einen Kurort zu schaffen, der die gleichen Vorzüge des schwedischen Dapas bietet. Neben allerlei anderen, meist hochfunktionalen Unterzeichnern ist auch Prof. Dr. Max von Gruber zu finden.

Allem Anschein nach ist die Tuberkulose für die bestehenden Klassen Deutschlands eine gefährliche Seuche, denn wie könnte sonst der gemüthvolle Gruber seinen Namen dazu hergeben.

Ein schwächliches Dementi

Das preussische Landwirtschaftsministerium versendet eine lange Erklärung, die die vom Berliner Tageblatt und auch von uns gebrachten Mitteilungen über die militärischen Umtriebe im Laßstedter Lager als den Tatsachen nicht entsprechend bezeichnet. Dabei wird in der Erklärung an den mitgeteilten Tatsachen hartnäckig vorbeigegangen und des langen und breiten über die Organisation des Stelldienstbetriebs erzählt. Dem Landwirtschaftsministerium dürfte es doch nicht entgangen sein, auf welche Punkte in unseren und des Berliner Tageblatts Mitteilungen mit allem Nachdruck hingewiesen wurde. Die aufreißenden Versicherungen des Hauptmanns Kiewitz sind dem Landwirtschaftsministerium wohl nicht bekannt, das hindert das Ministerium aber nicht, die gemachten Mitteilungen summarisch als nicht den Tatsachen entsprechend zu bezeichnen. Das Ministerium erklärt, daß selbstverständlich sofort eine Untersuchung der Angelegenheit eingeleitet worden ist und daß erneut Nachforschungen nach etwa verstreut gehaltenen Klassen angeordnet worden sind. Das Ministerium möge dafür Sorge tragen, daß diese Untersuchungen mit der nötigen Umsicht und Energie vorgenommen werden und sich keine Schlüsse bis nach deren Ergebnis vorbehalten. Wir halten jedenfalls an unseren Mitteilungen fest, ehe nicht der strengste Beweis ihrer Unrichtigkeit erbracht ist.

Gewerkschaftskommission und Betriebsräte

Gegen Herstellung und Transport von Kriegsmaterial

Die Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission beschäftigte sich am Montagabend erneut mit der Betriebsrätefrage. Der Sekretär Bollmerhaus gab einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung dieser Frage, die durch die Entscheidung der Betriebsräte der Ufa und der S. P. D. zu neuen Verwicklungen geführt habe. Zu dieser veränderten Situation hätten bereits der größte Teil der Berliner Gewerkschaften in ihren maßgebenden Körperschaften Stellung genommen; ein Teil der Gewerkschaften sei zu der Auffassung gekommen, daß zu der veränderten Situation erneut eine Entscheidung der Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission herbeigeführt werden müsse. Bollmerhaus betonte, daß sich der Streit hauptsächlich darum drehe, daß die Vertreter der Münzstraße auf dem Standpunkt stehen, daß alle Betriebsräte von der Zentrale ernannt werden müßten, während die Ufa-Betriebsräte erklären, daß sie an einer Körperschaft beteiligt sein können, in welcher auch Gelbe, deutschnationale und sonstige Harmonieverbände mitwirken. Die Berliner Gewerkschaftskommission müßte nunmehr einen vermittelnden Standpunkt einnehmen, um der Ufa in der provisorischen freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale den Eintritt zu erleichtern. Das sei nicht nur notwendig, um die Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter herzustellen, sondern auch um in der provisorischen Zentrale ein Zusammenarbeiten auf der Grundlage der von der Gewerkschaftskommission aufgestellten Richtlinien möglich zu machen. Durch das Fernbleiben der Ufa- und S. P. D.-Vertreter sei die Zusammenfassung der provisorischen Zentrale eine derartige, daß die Gewerkschaftsvertreter keinen entscheidenden Einfluß hätten. Um nun zu einer Verständigung zu kommen, müßten beide Parteien ein gewisses Entgegenkommen zeigen. Ganz besonders müßten die Vertreter der Münzstraße darauf verzichten, alle Betriebsräte ernennen zu wollen.

Wenn dann die provisorische Zentrale auf der geplanten Grundlage zustande gekommen ist, dann müsse es aber auch aufhören, daß die Münzstraße weiter ihre Betriebsräte markieren voraussetzt. Am Schluß seiner Ausführungen ersucht Bollmerhaus die Versammlung, unter Aufrechterhaltung des am 22. Juli gefassten Beschlusses, den Ausschuss zu beauftragen, erneut Verhandlungen mit der Ufa über den Anschluß an die provisorische Zentrale zu führen. Er unterbreitete der Gewerkschaftskommission eine in diesem Sinne gehaltene Resolution.

An den Bericht knüpfte sich eine lebhafteste Debatte, in der die einzelnen Organisationsvertreter ihre grundsätzliche Stellung zum Ausdruck brachten. Ueberwiegend war die Ansicht vertreten, daß an der grundsätzlichen Entscheidung, die die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission am 22. Juli gefasst hat, nichts geändert werden darf. Wenn die Ufa diesen Mehrheitsbeschluss nicht befolge, so sei dies bedauerlich, nicht nur weil diese Haltung gegen die gewerkschaftliche Disziplin verstoße, sondern auch die Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter zerstöre. Demgegenüber legte ein Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten nochmals eingehend den Standpunkt der Ufa-Betriebsräte dar. Wenn die Vertreter der Münzstraße darauf verzichten würden, auch die deutschnationalen und gelben Betriebsräte zu ernennen, dann sei die Ufa bereit, in die provisorische Zentrale einzutreten.

Nach mehrstündiger Debatte wurde ein Antrag angenommen, der den Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission beauftragt, auf der Grundlage des am 22. Juli 1920 gefassten Beschlusses erneut Einigungsverhandlungen mit der Ufa-Zentrale zu führen.

Dieser Antrag, zu dessen Gunsten Bollmerhaus seine Resolution zurückzog, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Vertreter der Steinardbeiter gab hierauf eine kurze Aeußerung über den Stand des Streiks seiner Berufscollegen. Die Gewerkschaftskommission brachte zum Ausdruck, daß sie dieser Bewegung ihre volle Sympathie entgegenbringe. Im Anschluß daran beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Herstellung und des Transports von Kriegsmaterial. Dazu wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gesagt wird, daß die Organisationen dahin wirken sollen, daß die Herstellung und der Transport von Kriegsmaterial unter allen Umständen zu verhindern sei.

Das Krupp-Grusonwerk und Escherich. Von der Friedr. Krupp A. G. Grusonwerk in Magdeburg geht uns eine Mitteilung zu, worin behauptet wird, daß das Berl. freie Gewerkschaften an die Spitzentrale bezahlt habe. Ebenso sei unrichtig, daß Herr Dr. Boh vom Krupp-Grusonwerk mit Altman und Jersing in Verbindung gestanden hätten. Herr Dr. Boh sei Direktionsassistent der Firma und nicht Direktor.

Einberufung des Reichstages. Präsident Seebe wird den Reichstag zum 18. Oktober einberufen.

Verstärkte Kontrolle im besetzten Gebiet. Infolge der Durchsuchung der letzten Tage ist die Kontrolle bei den Uebergängen in das besetzte Gebiet außerordentlich verschärft worden. Jede Person wird körperlich untersucht, und zwar hauptsächlich nach Waffen und kommunistischen Zeitungen und Flugblättern. Gestern wurden auf der Rheinbrücke bei Düsseldorf acht Personen von dem belgischen Posten verhaftet, weil sie Waffen bei sich trugen. Waffenscheine, die von den deutschen Behörden ausgestellt sind, werden von belgischen Posten nicht mehr anerkannt.

Beendigung des Hamburger Verkehrsstreiks. Nachdem am Montag die zwischen dem Vorstand der Hochbahn und der streikenden Verkehrsangestellten abgehaltenen Verhandlungen zur vollen Einigung geführt haben, ist der Verkehrsstreik beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am Mittwoch.

Gegen den Steuerabzug. Auf der Zeche „Westfalen“ brach ein Streik aus zum Protest gegen den Steuerabzug und die Lebensmittelerhöhung. Die befürchteten Ausschreitungen sind ausgeblieben. Die Arbeiter wählten einen Betriebsrat, der an die Beamten der Zeche ein Ultimatum richtete, ihn bis Montag vormittag anzuerkennen. Die Beamten lehnten es ab, den neuen Rat anzuerkennen.

Mitglieder der Palästina-Deutschen. Der neue Oberkommissar von Palästina Sir Herbert Samuel hat die Erlaubnis zur Rückkehr der Deutschen erteilt. Alle aus Palästina ausgewiesenen deutschen Kolonisten mit Ausnahme derjenigen, die sich Kriegs- oder politische Vergehen haben zu Schulden kommen lassen, dürfen nunmehr nach dem heiligen Lande zurück.

Sitzung des Bälterbundes. Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß der Präsident einen Aufruf zu ersten Zusammentreten zu erniedrigen, soll eine nicht öffentliche Sitzung in Genf vorangehen.

Das Schiff der deutschen Südkolonien. Die australische Regierung hat eine Gesetzentwurf eingebracht über die Annahme des Handels über die ehemaligen deutschen Besitzungen im Stillen Ozean. Die Vorlage sieht für diese Gebiete die Bezeichnung „Neuguinea“ vor.

Kongress der französischen Staatsbahnarbeiter. Bei dem Kongress der Eisenbahner der französischen Staatsbahnen, die gewerkschaftlich organisiert sind, legte die gemäßigtere Richtung über die extreme. Damit ist die Stellung des Gewerkschaftssekretärs Bidgaray, der vor dem letzten Streik seiner Stellung enthoben wurde, wiederum gesichert.

Ein widersprechender Beschluß. Die sozialistische Partei von Amerika hat sich durch eine Abstimmung unter gewissen Vorbehalten für die dritte Internationale ausgesprochen. Durch eine weitere Abstimmung sprach sich die Partei jedoch gegen die Diktatur des Proletariats, wie sie in Rußland ausgeübt werde, aus.

